

**SPERRFRIST:**

**1. Mai 2021, Redebeginn**

**REDE**

Es gilt das gesprochene Wort!

**Reiner Hoffmann**

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds

**1. Mai 2021**

Hamburg



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Auch dieses Jahr begehen wir den 1. Mai unter den Bedingungen der Pandemie. Auch in diesem Jahr heißt Solidarität wieder Abstand halten und achtsam sein. Kundgebungen und Demonstrationen mit hunderttausenden Kolleginnen und Kollegen im ganzen Land wird es heute nicht geben. Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, der Kolleginnen und Kollegen muss weiterhin im Vordergrund stehen.

Trotzdem werden wir in fast 300 Städten und Gemeinden Flagge zeigen. Überall da, wo Veranstaltungen möglich sind, werden wir – mit entsprechenden Infektionsschutzkonzepten – bunte und phantasievolle Kundgebungen durchführen und Ketten der Solidarität bilden. Wir werden unsere Plätze nicht den sogenannten Querdenkern, Coronaleugnern, rechten Nationalisten, Rechtsradikalen und Faschisten überlassen!

Der 1. Mai ist kein gewöhnlicher Feiertag, sondern ist der „Tag der Arbeit“, an dem wir uns für Arbeitnehmerrechte und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und für Demokratie einsetzen. Ich freue mich, dass ihr hier seid und wir die zentrale 1. Maikundgebung des DGB hier auf dem Fischmarkt durchführen können.

Das habt ihr unter erschwerten Bedingungen wirklich klasse gemacht. Herzlichen Dank dafür!

Seit anderthalb Jahre leben wir mit der Pandemie. Für viele sind die Grenzen der Belastbarkeit überschritten. Sorgen, Unsicherheit und Trauer bestimmen den Alltag von vielen Menschen. Wir haben in den vergangenen Monaten viel gelernt, eines aber ganz besonders: Diese Krise kann niemand allein bewältigen. Menschen müssen zusammenhalten und füreinander einstehen. Wir nennen das Solidarität.

Deshalb sagen wir heute, am 1. Mai – dem internationalen Tag der Arbeit: Solidarität ist Zukunft! In den vergangenen Monaten haben Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte dafür gekämpft, dass soziale Härten abgefedert und viele Jobs gesichert wurden. Wir haben uns für mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz und dafür gesorgt, dass verbindliche Regeln fürs Homeoffice gelten. Kurzum: Mitbestimmung wirkt und muss nach der Krise ausgebaut und gestärkt werden.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass es ein höheres Kurzarbeitergeld gibt und die Bezugsdauer verlängert wurde. Und in vielen Branchen haben wir es darüber hinaus geschafft, dass mit Tarifverträgen das Kurzarbeitergeld aufgestockt wird.

Die Krise hat einmal mehr gezeigt, dass es mit Tarifverträgen mehr Gerechtigkeit, höhere Entgelte und bessere Arbeitsbedingungen gibt. Tarifverträge geben Sicherheit und schaffen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.



Wir werden nicht nachlassen, die Arbeitgeber unter Druck zu setzen, damit sie ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und nicht täglich Tariffucht auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen betreiben. Dass das geht, haben die Gewerkschaften auch in Zeiten der Pandemie in zahlreichen Tarifkonflikten gezeigt. Klasse, Glückwunsch! Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass mehr Menschen unter den Schutz von Tarifverträgen fallen, die Tarifbindung muss endlich wieder deutlich erhöht werden!

Ja, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise sind enorm. Und doch ist es uns durch unser solidarisches Handeln gelungen, Schlimmeres zu verhindern.

In der Krise ist für viele Menschen endgültig sichtbar geworden, wie wichtig ein starker, aktiver Sozialstaat ist. Wir haben durchgesetzt, dass die Grundsicherung an diejenigen, die besonders unter den Krisenfolgen leiden, ohne die üblichen bürokratischen Hürden ausgezahlt wird!

Wegen Kita- und Schulschließungen konnten viele Menschen nicht zur Arbeit gehen. Stattdessen hieß es zuhause bleiben, um sich um die Kinder zu kümmern. Wir haben dafür gesorgt, dass das Kinderkrankentagegeld länger gezahlt wird.

Selbstbewusst sagen wir – nicht nur heute am 1. Mai: Ohne Gewerkschaften sähe unser Land anders aus.

Trotz vieler Stärken sind aber auch die Schwächen unseres Sozialstaates sichtbar geworden: Über eine Million Menschen haben ihre Arbeit verloren. Zugleich arbeiten viele an den Grenzen ihrer Belastung. Besonders die Frauen leiden unter enormen Doppelbelastungen. Das ist nicht länger akzeptabel. Und wir dürfen, nein wir werden es nicht zulassen, dass sich überholte Geschlechterrollen wieder stark machen. Wir kämpfen gemeinsam für die Gleichstellung von Frauen und dafür, dass die unerträgliche Lohnlücke zwischen Frauen und Männern endlich geschlossen wird

Die Coronakrise hat die Schere zwischen Arm und Reich weiter verschärft.

Wir müssen jetzt die richtigen Lehren aus der Krise ziehen.

Wenn wir nach vorne schauen, ist doch eines ganz klar: Eine Rückkehr zum Status quo ante ist keine Option! Denjenigen die – wie so oft in der Vergangenheit – die Lasten der Krise auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abladen wollen, zeigen wir klare Kante.

Denjenigen, die predigen, dass wir den Gürtel enger schnallen müssen, sagen wir klar und deutlich: Es ist die Zeit gekommen, dass Reiche und Superreich sich endlich stärker an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen.

Wir brauchen mehr Gerechtigkeit in unserem Steuersystem. Dafür haben der DGB und seine Gewerkschaften ein Steuerkonzept vorgelegt, damit es wieder gerechter in unserem Land zugeht.

Und: Wir brauchen gute Zukunftskonzepte. Gemeinsam machen wir uns auf den Weg in ein besseres Morgen, mit guter Arbeit in einer gesunden Umwelt.

Wir wollen und werden den Umbau zu einer digitalen und klimaneutralen Wirtschaft erfolgreich gestalten. Das packen wir nur, wenn wir uns endlich von dem besinnungslosen Sparzwang, von Schuldenbremse und schwarzer Null verabschieden und endlich investieren.

Wir sind es, die das Signal zum Aufbruch in eine gute Arbeitswelt, gesunde Umwelt und bessere Zukunft geben! Aus dem Green Deal werden wir einen Social Deal machen!

Wer von Nachhaltigkeit redet, muss begreifen: Der radikale Umbau unserer Wirtschaft ist eine soziale Frage. Und ohne Antworten auf diese Frage wird ein fairer Wandel nicht gelingen!

Das bedeutet, dass in den nächsten Jahren massiv investiert werden muss. Nur dann werden wir Arbeitsplätze für morgen sichern, für eine leistungsfähige Infrastruktur sorgen und verhindern, dass ganze Branchen und Regionen den Bach runter gehen.

Die enormen Investitionsbedarfe sind seit langem bekannt. In der Pandemie sind sie noch sichtbarer geworden. Vor allem in den Schulen, im Gesundheitswesen, aber auch in vielen Unternehmen – wo wir hinsehen fehlt es an digitaler Infrastruktur und Ausstattung.

Wir brauchen mehr moderne, umweltfreundliche Verkehrswege. Sie sind die Lebensadern der Wirtschaft und sichern die Mobilität der Bevölkerung.

Wir brauchen Schulen und Bildungseinrichtungen, die zum Lernen einladen.

Nicht Banken und Versicherungen, Kitas, Schulen und Hochschulen müssen die Leuchttürme der Zukunft sein. Orte, wo Bildung Spaß macht, Innovationen entstehen und Chancengerechtigkeit gefördert wird. Solidarität heißt gleiche Bildungschancen für alle!

Es darf nicht sein, dass Kinder aus reichem Elternhaus besser durch die Krise kommen, weil sie die nötigen Computer und oft auch mehr Unterstützung haben. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir brauchen ein gut finanziertes, technisch und personell gut ausgestattetes öffentliches Bildungssystem für alle.

Massive Investitionen brauchen wir, wenn der Weg in eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft gelingen soll, in den Ausbau erneuerbarer Energien, Speichertechnologien und smarten Energienetzen.

Die Liste ließe sich endlos fortschreiben.

Ein ambitioniertes Investitionsprogramm bedeutet 100 Prozent Zukunft und muss mit dem europäischen Green Deal und einer aktiven europäischen Industriepolitik verbunden werden.

Die richtigen Lehren aus der Corona-Krise ziehen heißt für uns auch: wir brauchen Europa, ein solidarisches und handlungsfähiges Europa, das gute Arbeit und unsere Umwelt schützt.

Solidarität ist die Zukunft für Deutschland und Europa.

Uns ist klar, dass es uns in Deutschland nur dann gut geht, wenn es auch unseren Partnern in Europa gut geht. Das kriegen wir nur gemeinsam in der Europäischen Union hin.

Und auch wenn wir uns die Herausforderungen anschauen, vor denen wir stehen, wird schnell klar: Deutschland allein kann das nicht schaffen. Corona, Klimawandel und Digitalisierung machen an keiner Staatsgrenze halt.

Ein solidarisches Europa heißt auch: mehr Demokratie in Betrieben und der Wirtschaft, mehr Arbeitnehmerrechte und mehr Sozialstaat!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Solidarität heißt, unseren Sozialstaat zu stärken! Nicht der Markt hat uns durch die Krise geholfen, sondern ein starker und aktiver Sozialstaat. Deswegen gilt es nach der Krise mehr denn je, den Sozialstaat zu stärken und auszubauen.

Unsere Systeme der sozialen Sicherung müssen allen ausreichenden Schutz bieten. Facharbeitern und Angestellten genauso wie Soloselbständigen und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.



Solidarität verbindet Menschen. Sie bringt Menschen zusammen.

Heute sind wir zusammen gekommen, um am Tag der Arbeit Flagge für mehr Demokratie und Gerechtigkeit zu zeigen – vor Ort, aber auch digital.

Ab 14 Uhr streamen wir den digitalen 1. Mai auf unserer Webseite – bunt, schnell und lebendig. Ich lade euch alle ein, daran teilzunehmen!

---

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Solidarität ist unsere Kraft.

Solidarität ist Zukunft!

---

Glück auf!